

D-7

Titel Gerechte Abstufung der Rundfunkgebühren

AntragstellerInnen Loerrach

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

1 Die Jusos Baden-Württemberg fordern, dass die Rundfunkgebühren in ihrer bisherigen Form nicht solidarisch
2 genug sind und sie deshalb grundsätzlich reformiert werden müssen. So sollen wie bisher 17,50€ monatlich,
3 die Gebühren für die Nutzung des öffentlich rechtlichen Fernsehens, sowie Radio und den neuen Medien,
4 sozialer gestaffelt werden. So soll auf Antrag und nach Offenlegung des monatlichen Netto-Einkommens,
5 die Gebühren angepasst werden. Die Grundsicherung, laut deutscher Rentenversicherung, kann ab einem
6 monatlichem Einkommen von unter 838€ beansprucht werden. Dies nehmen wir uns als Grundlage um zu
7 beschließen, dass jede*r mit einem monatlichem Einkommen von über 10% der Grundsicherung monatlich
8 nur noch 10€ Rundfunkgebühren bezahlen muss. Außerdem sollen Student*innen mit Bafög komplett keine
9 Rundfunkgebühren mehr bezahlen müssen.

10

11 **Begründung**

12 Die Wichtigkeit der Rundfunkgebühren für Deutschland ist den meisten Menschen im Land genauso bewusst
13 wie uns Jusos. Deshalb ist es von Nöten diese aufrecht zu erhalten.

14 Bisher sind aber nur Menschen vom Beitrag der Rundfunkgebühren ausgeschlossen, die Grundsicherung oder
15 Arbeitslosengeld II beziehen. Das ist ungerecht! Während Rentner*innen mit gerade einmal das Minimum
16 über der Grundsicherung an monatlichem Einkommen zur Verfügung haben, sind diese nicht vom Beitrag
17 ausgeschlossen.

18 Stolze 549,7 Millionen Euro Überschuss haben die Experten für die Jahre 2017 bis 2020 bei den öffentlich-
19 rechtlichen errechnet, bei Einnahmen in Höhe von 31 Milliarden Euro. Das kann kein Dauerzustand sein, wenn
20 es gleichzeitig Menschen mit wenig monatlichem Einkommen haben, die sich nicht einmal mehr eine neue
21 Hose oder einen Kaffee sich kaufen können.

22 Im Zuge dessen könnte der Unmut von rechten Spalter*innen und Verschwörungstheoretiker*innen ein wenig
23 gedämpft werden, wenn der Beitrag sozial gestaffelt wird.